



Adenauerallee 13  
D-53111 Bonn  
Tel.: +49 228 766 80 41  
Fax: +49 228 766 80 42  
info@big-deutschland.de

## **Stellungnahme der BIG Partei zu den Geschehnissen in Nordsyrien**

Januar 2018

Die Lage in Syrien ist seit dem Beginn des dortigen Bürgerkrieges 2011 durch verschiedene geopolitische Faktoren immer komplizierter geworden. Ein erheblicher Auslöser hierfür war die Existenz von Terrorgruppen im Bürgerkriegsland wie DAESH, Al Quaida oder des Ablegers der Terrororganisation PKK in Syrien der YPG/PYD. Zweifellos war die Zurückdrängung von DAESH und Al Quaida in Syrien und im Irak ein wichtiger Schritt für mehr Frieden in der Region.

Zeitgleich wurde jedoch durch einige Hauptakteure in Nordsyrien der Fehler gemacht, kein strategisches Feingefühl an den Tag zu legen. Zur Verdrängung von Terrororganisation wurde wiederum die syrische YPG/PYD, bei welcher es sich bekanntlich um den syrischen Ableger der in Deutschland und in der restlichen westlichen Welt ebenfalls als Terrororganisation anerkannten PKK handelt, durch die US angeführte Anti-IS Koalition mit schweren Waffen aufgerüstet und aktiv unterstützt. Somit konnte die PKK durch ihren Ableger nahezu ein Drittel Syriens unter seine faktische Kontrolle bringen und verfügt dank großzügiger Hilfe über modernste Waffen, welche eine ernste Bedrohung gegenüber der Türkei darstellen. Unabhängig von den negativen Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung, welche nicht nur aus Kurden, sondern auch aus Arabern und Turkmenen besteht, wurden die Sorgen und Warnungen der Türkei als Nato Mitglied und stärkster Verbündeter des Westens im Nahen Osten vollkommen außer Acht gelassen.

Obwohl der Türkei durch die USA eine Rücknahme der Waffen nach dem Sieg über DAESH durch Präsident Trump versprochen wurde, erfolgte dies nicht sondern es wurde die weitere Aufrüstung von 30.000 PKK/PYD/YPG Milizen gemeldet. Dies löste die aktuellen Geschehnisse in Nordsyrien aus, welche ein Ergebnis falscher internationaler Politik in der Region und einer mit dieser einhergehenden negativen Veränderung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Anrainerstaaten ist.

Die BIG Partei äußert daher ihr Verständnis zu den durch den Nato Partner Türkei durchgeführten Operationen um sich gegen einen von der Terrororganisation PKK und von deren Ablegern dominiertes Gebiet entlang ihrer Staatsgrenzen zu schützen und Angriffen von dort zu erwehren. Gleichzeitig wird dies als Chance gesehen, in Nordsyrien eine Art funktionierende „Schutzzone“ unter der Führung der Türkei und deren Verbündeten zu gründen, in die die zahlreichen Flüchtlinge aus Syrien wieder zurückkehren können. Ein solches Beispiel bildet bereits die Stadt Al Bab in Syrien welche im Rahmen der Operation „Schutzschild Euphrat“ faktisch in eine solche Schutzzone verwandelt wurde. Dorthin sind mittlerweile über 100.000 syrische Flüchtlinge aus der Türkei zurückgekehrt und können ein Leben in Frieden führen. Weiter entsprechende befriedete Zonen werden ein Garant dafür sein, dass auch unsere syrischen Gäste in Deutschland eines Tages wieder in ihr Heimatland zurückkehren können.

Es irritiert uns daher, dass wichtige Fakten, die durch die türkische Regierung als Beweggründe für die aktuelle Situation in Nordsyrien genannt wurden, in der Medienberichterstattung hierzulande nicht wirklich erörtert und teilweise oder einfach gänzlich weggelassen werden. Eine ausgewogene objektive Berichterstattung ist zu diesem Thema daher aus unserer Sicht nicht gewährleistet, wobei auf die Vernunft der Bundesregierung zu setzen bleibt, dass erst gerade wieder gesundende Verhältnis zu unserem Bündnispartner Türkei nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Damit wäre sicherlich den sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes in Bezug auf Syrien und der NATO nicht gedient.

Natürlich muss während der gesamten Militäroperation eine besondere Vorsicht gegenüber den Zivilisten in und um Afrin gewährleistet sein. Wir hoffen dringend auf eine politische und vor allem friedliche Lösung in Syrien. Doch von dem Fehler, die Terrororganisationen PKK als Stellvertreter für eigene Interessen in der Region einzuspannen, muss so schnell wie möglich Abstand genommen und die berechtigten Sicherheitsinteressen unserer Bündnispartner vor Ort zukünftig ausreichend berücksichtigt werden.